Ressort: Finanzen

US-Wirtschaftskrieg: “Huawai-Strategie“ - jetzt auch gegen Deutsche Bank AG?

Rechtsmissbrauch als hybride Waffe

München, 13.12.2018, 17:21 Uhr

Wisuschil - Media & Law - Der Verdacht einer US-amerikanischen Wirtschaftskriegsführung gegen die Deutsche Bank AG wurde heute durch eine reuters-Meldung bestätigt: Zwei US-Senatoren haben eine Kampagne gestartet - die nach Gegenmaßnahmen verlangt.

Bereits am 3. Dezember 2018 hat der Verfasser auf diesem Newsstream unter der Überschrift “US-Wirtschaftskrieg gegen die Deutsche Bank AG?“ die Hypothese aufgestellt: Dass die Halbierung des Börsenwertes dieses deutschen Premium-Institutes innerhalb des Jahres 2018 ausschließlich einer durch die USA inszenierten und orchestrierten Wirtschaftskriegsführung geschuldet ist. Mittels gezielter schwarzer PR, einer rechtsmissbräuchlichen Verwendung von Ermittlungsbehörden als Waffen sowie perfiden Kursmanipulationen wird diese Säule der deutschen Volkswirtschaft systematisch destabilisiert. Vertiefung - Link:

http://www.wisuschil.germandailynews.com/bericht-116355/us-wirtschaftskrieg-gegen-die-deutsche-bank.html

Geradezu wie bestellt vermeldet die US-amerikanische Nachrichtenagentur “reuters thomson“, dass heute durch zwei US-Senatoren eine Kampagne gegen die Deutsche Bank AG in den USA gestartet wurde. Eine gewisse Elizabeth Warren und ein gewisser Chris van Hollen, beide Senatoren des US-Senats mit Parteibuch der US-amerikanischen Demokraten, haben beim US-Senate die Einleitung von Ermittlungen gegen den Konkurrenten der US-Banken-Szene beantragt: Um gemutmaßte Haftungen für vermeintliche Verstöße gegen US-amerikanische Geldwäsche- bzw. Bank-Geheimhaltungsvorschriften zu untersuchen.

Eindrucksvoller konnte die oben angeführte Hypothese des Verfassers gar nicht als wahrhaftige Theorie bewiesen werden: Die USA führen hier eindeutig einen Wirtschaftskrieg, wobei diverse Gesetze und Ermittlungseinrichtungen zu Werkzeugen einer de-facto-Sanktionierung pervertiert werden. So wie gegen die deutsche Automobilindustrie mit gefakten “Abgas-Skandalen“ Negativ-Propaganda betrieben wird, um diese dann auf dieser “Tatsachengrundlage“ mit Sammelklagen systematisch zu überziehen: So wird auch die Reputation der Deutschen Bank AG durch gezielte Kampagnen beschädigt - um so den Börsenwert künstlich zu drücken. Im Nachfolgenden wird die betreffende reuters-Quelle verlinkt:

https://www.reuters.com/article/us-deutsche-bank-moneylaundering/top-democratic-lawmakers-call-for-investigation-into-deutsche-bank-controls-idUSKBN1OC1ZT

Das alles hat alleine politische Gründe: Namentlich - geopolitische. Im Allgemeinen geht es den USA darum, die Entstehung einer multipolaren Welt zu vereiteln, welche den Verlust deren Status als “einzige Weltmacht“ seit dem Zerfall des Warschauer Paktes bedingen würde. Im Besonderen dürfte insoweit den USA die Ausrichtung der Strategie der Deutschen Bank AG auf die Märkte China, Russland und Arabische Welt ein Dorn im Auge sein:

Denn deren Fundament wurde auf der Grundlage der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung noch zu Zeiten der US-Präsidentschaft Barak Obamas gelegt. Und ist als solche zu 100 % auf Konfrontationskurs mit dem Kurs der aktuellen Trump-Regierung.

Letztere führt gegen China einen unerbittlichen Wirtschaftskrieg, wobei auch hier die Justiz mittels Manipulationen als Waffe missbraucht wird: Als Beispiel lässt sich die “Verhaftung“ der Finanzchefin des chinesischen Smatphone-Herstellers Huawai, einer gewissen Meng Wanzhou, auf Betreiben der USA in Canada anführen.

Dass gegen Russland und nicht zuletzt auch Iran mittels mehr als fragwürdiger “Sanktionen“ ein erbarmungsloser - offener - Wirtschaftskrieg geführt wird: Dürfte unbestreitbar sein. Und nicht anders verhält es sich gegenüber der Deutschen Bank AG - mit deren an den Haaren herbeigezogenen “Skandalen“.

Da dies alles mit Betriebswirtschaft und Rechtspflege rein gar nichts zu tun hat, sondern eine hybride Kriegsführung einer Weltordnung im Umbruch ist, müssen hier die Weichen fundamental neu gestellt werden:

Unter Leitung des Bundesfinanzministeriums gilt es unverzüglich die beiden größten Bankhäuser der deutschen Volkswirtschaft zu einer international schlagkräftigen Einheit zu verschmelzen - mit der Bundesrepublik als Großaktionären mit entsprechender unmittelbarer Vertretung im Vorstand und im Aufsichtsrat. Damit einhergehend ist auch das Bundeskanzleramt als Koordinierungsstelle der deutschen Geheimdienste gehalten, über BfV und auch BND entsprechende Protektion zu gewähren.

Der Banken- und Börsenplatz Frankfurt am Main muss so gegenüber London und New York mit aller Macht gestärkt werden, damit dieser weiterhin als die tragende Säule der deutschen Volkswirtschaft im weltweiten Wettbewerb fungieren kann: Das ist eine existenzielle Frage von absolut staatspolitischer Qualität. Demgemäß ist - hier und nach spezifischer Lage der Dinge - selbstverständlich der Staat gefordert: Als Schutz- und Trutzburg nämlich!

Wisuschil - Medien-, IP- & Börsenrecht
Inhaber: Rechtsanwalt Andreas Wisuschil
Email: wisuschil@wisuschil.de
Tel.: 089 307 612 77
sämtliche Pflichtangaben abrufbar über: www.wisuschil.de

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-116904/us-wirtschaftskrieg-huawai-strategie-jetzt-auch-gegen-deutsche-bank-ag.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619